

FOCUS



Der Prinz der Finsternis

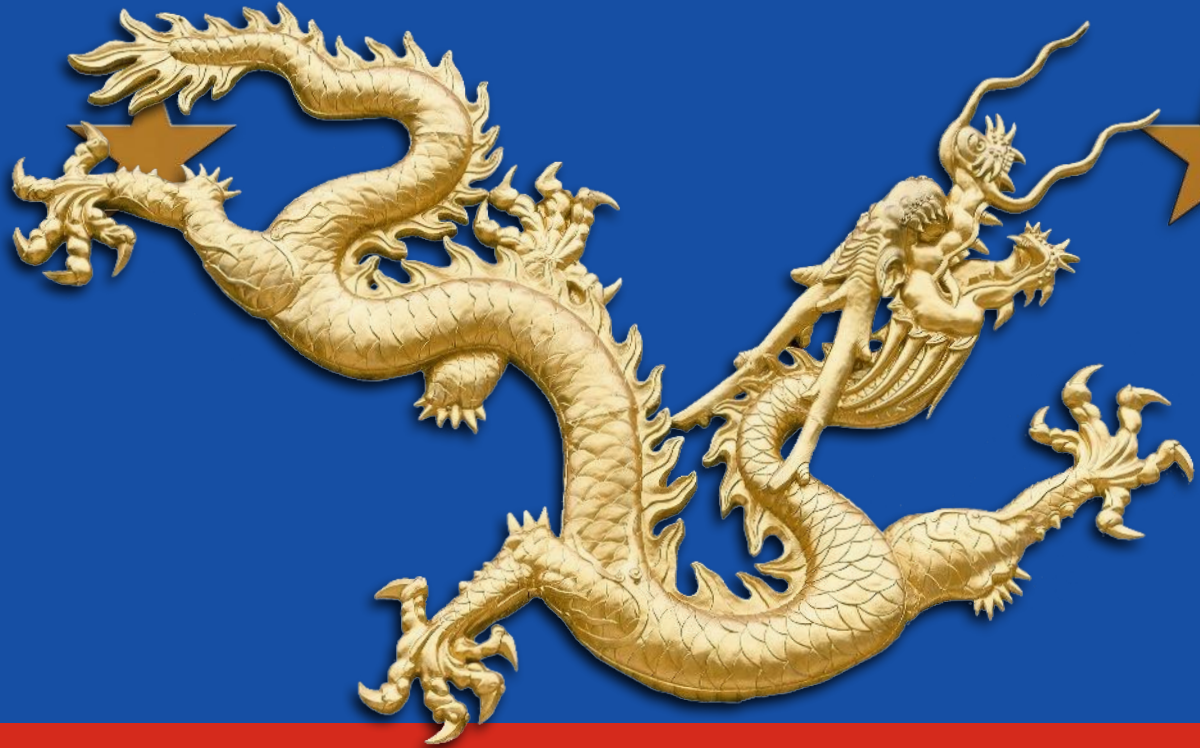
Warum Mark Zuckerberg
der gefährlichste
Manager der Welt ist

13. Juni 2020

CHINAS

GIER

Wie die neue
Weltmacht die
Corona-Krise
nutzt und *nach*
Europa greift



Der Schattenkönig:
Wie der Betriebs-
ratschef bei
Volkswagen regiert

Wem gehört das All?
Der neue Mann
für die ISS spricht
Deutsch

One Moor Time:
Auf Wanderschaft
mit *Thilo Mischke*
und vielen Mücken

Circus Macksimus:
Mister Europa-Park
über die Achterbahn
des Lebens

Wohlstand und Schulden vertragen sich nicht

Mit **milliardenschweren Konjunkturprogrammen** versuchen Regierungen, die Folgen der Corona-Krise zu bekämpfen. Das kann nicht lange gut gehen

Von Prof. Niklas Potrafke

Leiter des Zentrums Öffentliche Finanzen am Ifo-Institut

Die Corona-Krise trifft die Wirtschaft mit fast unvorstellbarer Wucht. Weil Lieferketten unterbrochen wurden, konnten Firmen vom einen auf den anderen Tag nicht mehr produzieren. Ökonomen bezeichnen eine solche Entwicklung als Angebotsschock. Demgegenüber steht ein Nachfrageschock. Die Verbraucher gaben und geben weniger Geld aus, weil viele Geschäfte schließen mussten – und weil viele Angst vor finanziellen Einbußen durch Kurzarbeit oder Jobverlust haben.

Es ist richtig, dass der Staat in einer solchen Ausnahme-situation beherzt hilft. Die milliardenschweren Rettungspakete der Bundesregierung und anderer EU-Staaten sollen den Einbruch der Konjunktur abfedern und neues Wachstum stimulieren. Doch diese Hilfen dürfen nur vorübergehend sein. Mittelfristig müssen alle EU-Staaten zu einer soliden Finanzpolitik zurückkehren. Sie müssen die jetzt angehäuften neuen Staatsschulden nach und nach wieder abtragen.

Dabei ist es nötig, dass alle Regierungen Regeln für eine solide Finanzpolitik befolgen. Noch besser wäre es, wenn sie Fiskalregeln in ihren Verfassungen verankern – so wie die deutsche Schuldenbremse.

In einer neuen Studie haben wir Daten von ins-



Milliarden-Minister Olaf Scholz, 61, und Peter Altmaier, 61, haben das bisher größte Konjunkturpaket der Bundesrepublik aufgelegt

gesamt 166 Ländern über einen Zeitraum von teilweise mehr als 200 Jahren untersucht. Im Ergebnis erzielten Länder mit in der Verfassung verankerten Fiskalregeln durchgängig ein höheres Wirtschaftswachstum als Länder ohne solche Regeln. So wuchsen europäische Staaten mit entsprechenden Fiskalregeln seit Ende des 18. Jahrhunderts um durchschnittlich einen Prozentpunkt stärker als Länder ohne Vorgaben. In Asien betrug das Plus sogar rund vier Prozentpunkte.

Anders als oft behauptet scheint staatliche Sparsamkeit also nicht schädlich für den Wohlstand zu sein. Ganz im Gegenteil: Sie trägt dazu bei, Wirtschaftswachstum zu beflügeln. Bürger und Unternehmen wissen offen-

bar, dass zu hohe Staatsausgaben zu Steuererhöhungen führen können. Entsprechend halten sie ihr Geld zusammen.

Regeln für die Finanzpolitik haben noch einen zweiten Effekt. Sie verringern die Möglichkeit von Regierungen, Wahlgeschenke auf Pump zu verteilen. Nobelpreisträger William Nordhaus spricht von „politischen Konjunkturzyklen“: Politiker heizen die Konjunktur an, um ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu erhöhen. Oft sind die Maßnahmen nicht mehr als ein Strohfeuer, das aber von den Steuerzahlern finanziert werden muss. Mit Fiskalregeln werden den Politikern für solche Strohfeuer die Hände gebunden.

In Europa gibt es seit den 1990er Jahren Regeln für die

Finanzpolitik: In Maastricht hatten sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, die Schuldenquote eines Landes dürfe 60 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) nicht übersteigen. Leider haben sich die meisten Länder kaum daran gehalten. Im Gegenteil: Die italienische Regierung beispielsweise lieferte sich im vergangenen Jahr sogar einen hitzigen Streit mit der EU-Kommission, weil sie die vereinbarten Regeln zur Finanzpolitik nicht einhalten wollte.

Tragfähige Staatsfinanzen müssen daher zur Kernaufgabe der Politik werden – auch in Deutschland. Um die Staatsschuldenquote, die 2020 auf knapp 80 Prozent steigen dürfte, zügig wieder auf unter 60 Prozent zu reduzieren, muss die Regierung handeln. Bereits vor Corona war unser Staatshaushalt nur bedingt tragfähig. Für tragfähige Staatsfinanzen hätte Deutschland pro Jahr Überschüsse von 1,5 bis 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen müssen. Nach der Krise dürfte dieser Wert noch höher sein. Es sind die Folgen der Krise, über die bislang kaum jemand sprechen mag. ■



Niklas Potrafke, 42, lehrt Finanzwissenschaft an der Universität München mit Schwerpunkt Staatsfinanzen